

Staatseuphorie ohne Strategie

Zur Lage der Linken im Postneoliberalismus

Von **Ulrich Brand**

Die aktuelle Wirtschaftskrise hat auch unter den politisch und ökonomisch Herrschenden – wie beispielsweise jüngst beim Weltwirtschaftsforum in Davos – eine intensive Auseinandersetzung darüber ausgelöst, was künftig verändert werden muss. Welche Rolle spielt der Staat? Kommt es zu weiteren Kriseninterventionen, samt der mittelfristigen Folgen für die Staatsverschuldung, wenn „der Wirtschaftsmotor“ nicht anspringt? Oder helfen nur weitgehende Regulierungen wie am Ende des Zweiten Weltkrieges? Auch auf dem gleichzeitig im brasilianischen Belém tagenden Weltsozialforum stellte man sich diese Fragen, ging allerdings über sie hinaus: Denn entgegen der Selbstgewissheit der Eliten in Davos fragte man hier, ob angesichts der Massivität und Multiplizität der Krisen überhaupt noch kapitalistische Krisenlösungen denkbar sind und wo in dieser Situation die Potentiale für emanzipatorische Politik liegen.

In der aktuellen Krise scheint es – zumindest auf den ersten Blick –, als würde das neoliberale Dogma eines Besseren belehrt. Aber auch wenn derzeit Banken verstaatlicht und Vorschläge für eine Reregulierung der Finanzmärkte diskutiert werden, so ist doch weiterhin offen, inwieweit damit ein Gestaltungsanspruch staatlicher Politik *gegen* die Interessen der starken Kapitalgruppen einhergeht. Denn es handelt sich zuvorderst – bei aller ruinösen Konkurrenz – um eine Krisenintervention im Interesse der dominanten Kräfte.

Die meisten Entwicklungen, die in den letzten Jahrzehnten zu einer Ökonomisierung sozialer und politischer Verhältnisse geführt haben, werden nicht in Frage gestellt. Dies zeigt sich auch in vielen aktuellen Beiträgen zur Finanzmarktkrise, die dafür plädieren, dass der Staat nun weitreichende Regulierungen und Eingriffe in die Verfügung über Eigentum vornimmt. Im Grunde geht es hier um die Neuauflage eines keynesianischen Programms, bei dem der Staat korrigierend in ökonomische Zyklen und die Macht des Kapitals eingreift.¹ Viele Autoren halten die aktuellen Rettungsaktionen für unverzichtbar, um Spareinlagen zu sichern und Kredite zu garantieren, um Protektionismus und einen Abwertungswettkampf in der Währungspolitik – die zentralen

1 Vgl. die Beiträge von Jörg Huffschmid, Heiner Flassbeck und James K. Galbraith, in: „Blätter“, 11/2008; Joachim Bischoff, Der große Crash und der bürgerliche Staat, in: Supplement der Zeitschrift „Sozialismus“, 12/2008, S. 40-56; Lukas Zeise, Das Ende der Party. Die Explosion im Finanzsektor und ihre globalen Folgen, Köln 2008.

Ursachen der tiefen Krise nach 1929 – zu verhindern. Allerdings geschieht das unter gänzlich anderen gesellschaftlichen Kräftekonstellationen.

Verdinglichte kapitalistische Verhältnisse

Der irrationale und krisenhafte Charakter der neoliberal-imperialen Globalisierung im Allgemeinen und der aktuellen Krise im Besonderen ist jedoch nicht primär einer zu geringen politischen Marktsteuerung oder gar gierigen Managern geschuldet, sondern liegt in der Sache selbst begründet. Die kapitalistische Form der Vergesellschaftung ist nur begrenzt gestaltbar, denn der gesellschaftliche Gesamtzusammenhang reproduziert sich weitgehend hinter dem Rücken der Akteure. Historisch entstandene Verhältnisse (wie Staat und Geld) treten den Menschen gleichsam als Sachen gegenüber, die unveränderlich erscheinen. Dass es sich bei Lohnarbeit und Kapital um dominante (wenn auch nicht ausschließliche) Prinzipien handelt, das soziale Leben zu organisieren, und dass die vorherrschende Produktion gesellschaftlichen Reichtums in Form von tauschvermittelten Waren stattfindet, ist – als Reproduktionsbedingung des Kapitalismus und nicht als zu entlarvendes „falsches Bewusstsein“ – schwer durchschaubar und daher nur in Grenzen bewusst gestaltbar. Dies gilt gerade für den Finanzmarktkapitalismus, in dem sich auch die Staatsform verändert. Emanzipatorische Politik muss diese Zusammenhänge berücksichtigen.

Doch die versachlichten Verhältnisse werden auch in linken Krisendiagnosen, die auf eine Reregulierung der Finanzmärkte abstellen, kaum angegriffen. Im Zuge der unter Linken derzeit grassierenden Staatseuphorie sind Reflexionen über die sich verändernden Formen der Staatsintervention seit den 70er Jahren – und besonders in der aktuellen Krise – ausgesprochen selten anzutreffen. Die Vorschläge der Krisenbearbeitung bleiben weitgehend makroökonomisch ausgerichtet. Letztlich verbirgt sich hinter den meisten Diagnosen eine diffuse Hoffnung auf die Einsichtsfähigkeit der politischen und ökonomischen Eliten. Bei realistischer Betrachtung erweist sich diese Hoffnung jedoch als Illusion.

Regulierung als Hegemoniestrategie

Dieser Einwand soll die Notwendigkeit staatlicher und intergouvernementaler Regulierungen nicht herunterspielen. Und dennoch: Wenn man Staat und Politik bzw. Ökonomie und Kapital als konflikthafte soziale Verhältnisse begreift, werden die Grenzen einer bloßen Regulierungsperspektive deutlich. Nicht zufällig kommt das Problem der Hegemonie in den meisten aktuellen Diagnosen nicht vor. Damit aber wird zugleich die Fähigkeit der Herrschenden ausgeklammert, ihre Projekte und Interessen der Gesellschaft plausibel zu machen und materiell durchzusetzen. Die Bankenrettungspakete werden ja im gesellschaftlichen Allgemeininteresse formuliert. Dabei ist der Mechanismus

im Grunde wohlbekannt: Krisen bedeuten nicht unbedingt eine Abkehr von der herrschenden Politik, sondern führen oft zu deren gradueller Erneuerung und festigen auf diese Weise die zugrunde liegenden Herrschaftsverhältnisse. Antonio Gramsci nannte das eine „passive Revolution“, in der Zustimmung zur „großen Politik“ und makroökonomischen Entwicklung, aber auch hinsichtlich alltäglicher Orientierungen und Praktiken ausgearbeitet wird.²

Hier liegt denn auch der Kern des erfolgten neoliberalen Gesellschaftsumbaus. Er bestand ja nicht zuletzt darin, den Markt- und Konkurrenzimperativ tief in der Gesellschaft, ja bis in die Subjekte hinein zu verankern. Das ist mit der Krise nicht vorbei, sondern wird im Gegenteil – etwa durch die Individualisierung der Risiko- und vor allem Altersvorsorge – institutionell weiter abgesichert. Allen staatlichen Kriseninterventionen zum Trotz ist in dieser Hinsicht der „passive“ oder gar „aktive Konsens“ der Beherrschten bislang nicht erschüttert.³

Das bleibt in der aktuellen Diskussion zumeist ausgeblendet. Offenbar leidet die linke Staatseuphorie an einem vereinfachten Verständnis von Staat, politischer Steuerung und kapitalistischer Herrschaft. Ein komplexeres Verständnis hingegen schließt die Analyse von Markt und Ökonomie ein, die eben nicht nur Allokationsmechanismen oder gesonderte Sphären der Gesellschaft sind, sondern zentral für die herrschaftliche Konstitution von Klassen, Geschlechtern und ethnischen Gruppen. Das Ökonomische ist zudem nur im Verhältnis zu Staat und Politik zu verstehen; beide konstituieren sich gegenseitig und als historisch-spezifische Kräftekonstellation, insbesondere zwischen Arbeit und Kapital – wobei die postfordistische Ökonomie im Kern auf einer dramatischen Schwächung der Gewerkschaften und einer Aushöhlung fordistischer Kompromissstrukturen basiert.

Der Staat ist nicht neutral

Die postfordistische Transformation betrifft auch den Staat, der im Globalisierungsprozess meist als schwaches und an den Nationalstaat gebundenes Institutionssystem verstanden wird, das dafür zuständig sei, der globalisierten „Ökonomie“ – und das sind zuallererst die Interessen der Kapital- und Vermögensbesitzer – gute Rahmenbedingungen zu schaffen sowie Problemen und Krisen entgegenzuwirken. Der Staat ist aus herrschender Perspektive teilweise ein Opfer, vor allem jedoch ein Problemlöser, eine neutrale Instanz und den gesellschaftlichen Allgemeininteressen verpflichtet. Der Staat soll's richten: Dieses Verständnis dominiert derzeit auch die Diskussion um die Finanzmarktkrise – in der herrschenden Politik, aber auch auf Seiten der Linken.

Demgegenüber versteht eine kritische Analyse den Staat gerade nicht als „neutrale Instanz“, sondern als soziales Verhältnis oder genauer: als institutionell verdichtetes gesellschaftliches Kräfteverhältnis, in dem die herrschenden Kräfte dominieren und ihre Interessen leichter durchsetzen können als die

2 Antonio Gramsci, Gefängnishefte, Heft 8, Band 5, Hamburg 1993, S. 966.

3 Ebd., Heft 7, Band 4, Hamburg 1992, S. 916f.

schwächeren Akteure.⁴ Eine Kritik von Staat, Politik und Governance zeigt, dass der Staat eben nicht das gesellschaftliche Allgemeininteresse verkörpert und auch kein bloßes Opfer der Globalisierung ist. Der Staat, insbesondere in den OECD-Ländern, hat die Globalisierung kräftig vorangetrieben und wurde zum „nationalen Wettbewerbsstaat“ (Jochim Hirsch) transformiert.

Die viel beschworene „Rückkehr des Staates“ in kritischen und Mainstream-Analysen erfasst zwar den Umstand, dass das neoliberale Vertrauen in die Selbstheilungskräfte des Marktes erschüttert und die damit verbundene Ideologie gesellschaftspolitisch erledigt scheint. Sie verkennt jedoch, dass der Staat nicht „verschwunden“ war, sondern dass seine Repräsentanten und Institutionen aktiv am neoliberalen Umbau mitgewirkt, ja ihn mitunter sogar orchestriert haben. Aus diesem Blickwinkel betrachtet, war der Rückzug des Staates (aus einigen Bereichen der Sozialpolitik oder durch Privatisierungen) eher eine bewusste Selbstentmachtung. Im Zuge dieses Umbaus haben sich die „Korridore“ des Staatshandelns entsprechend den transformierten Kräfteverhältnissen verschoben. Das gilt übrigens auch für die internationale Politik. Die Welthandelsorganisation (WTO) als institutioneller Kern des globalen Kapitalismus wurde schließlich 1995 von Regierungen gegründet. Doch der Staat sichert nicht nur Eigentumsrechte ab, sondern greift bisweilen auch mit offener Gewalt in gesellschaftliche Verhältnisse ein, mittels Repression nach innen oder mit imperialer Politik auf der internationalen Ebene – als Bestandteil und Instrument eines Machtblocks, der von den Interessen der Vermögensbesitzer und des Finanzkapitals dominiert wird.

Aus dieser Perspektive betrachtet, handelt es sich bei den gegenwärtigen Kriseninterventionen zunächst „um die Mobilisierung des Staates zur Reorganisation des in eine tiefe Krise gestürzten radikalen Neoliberalismus“.⁵ Durch die Staatsintervention werden Unternehmensverluste sozialisiert (Bankenrettungsschirme), und die Krise selbst wird von mächtigen Konzernen dazu genutzt, geschwächte Konkurrenten zu erwerben (beispielsweise der Kauf der Dresdner Bank durch die Commerzbank).

Gerungen wird dabei in erster Linie um die konkreten Formen der Staatsintervention. Diese ergeben sich aber nicht aus den quasi objektiven „Anforderungen“ der Krise, sondern aus den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und der sich daraus entwickelnden Staatsform. Insofern sollte man Strategien der Verstaatlichung mit Skepsis begegnen, sofern sie nicht mit veränderten Macht- und Kräftekonstellationen einhergehen.

Krise und Kontinuität der herrschenden Politik

Jene Kräfteverhältnisse aktuell einzuschätzen, zu hinterfragen und Alternativen zu entwerfen, ist jedoch eine Voraussetzung emanzipatorischer Politik.

4 Vgl. Nicos Poulantzas, *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*, Hamburg 1978; Lars Bretthauer u.a. (Hg.): *Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie*, Hamburg 2006.

5 Rainer Rilling, *Finanzmarktkrise – Ende des Neoliberalismus? Und die Linke? „Standpunkte“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung*, 23 (2008), S. 4.

Dass dies momentan keine breite Diskussion erfährt, markiert folglich ein – doppeltes – Grundproblem: Einerseits kann die Linke bislang politisch nicht von der Krise profitieren und mit überzeugenden Vorschlägen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu ihren Gunsten verschieben; andererseits rückt auf diese Weise auch die Möglichkeit, dem Kapital mit starken emanzipatorischen Kräften Regeln aufzuzwingen, in weite Ferne.

Ein Indiz für diese Schwäche bietet der aktuelle Zustand vieler westeuropäischer Gewerkschaften. Denn auch im Angesicht der Krise sind die Gewerkschaften nicht bereit, das vorherrschende Prinzip der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und einer neo-merkantilistischen Exportstrategie in Frage zu stellen – obwohl doch die Globalisierung des Konkurrenzimperativs bewirkt, dass noch bestehende Elemente des Korporatismus (beispielsweise in Deutschland und vor allem in Österreich) immer weniger für einen Interessenausgleich genutzt werden (können) und stattdessen zunehmend zur Durchsetzungsform des Wettbewerbsimperativs selbst verkommen.⁶ Auf diese Weise verschieben sich die Kräfteverhältnisse immer weiter zu Ungunsten der Lohnabhängigen.⁷

Diese Grundkonstellation besteht bereits seit drei Jahrzehnten – und wird sich auch angesichts der aktuellen Krise aus heutiger Sicht kaum in eine progressive Richtung verändern. Entsprechend dominiert weiterhin eine Politik, die primär auf die Eindämmung der Vermögensverluste abstellt, während der Schutz der von Arbeitslosigkeit Bedrohten (von symbolisch und für die herrschende Politik wichtigen Kämpfen wie jenen um Opel abgesehen) oder der im Zuge der Hypothekenkrise ihre Häuser verlierenden Menschen als nachrangig gilt. So betrachtet, belegt die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in der Krise eher die Kontinuität der herrschenden Politik. Dies gilt auch und gerade mit Blick auf die internationale Arbeitsteilung, die für hunderte Millionen Menschen eine kontinuierliche Katastrophe bedeutet.

Postneoliberale Strategien

Um die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse einschätzen zu können, bedarf es eines historischen Verständnisses der aktuellen Krise. Umkämpfte Strategien – die in einzelnen Gesellschaften unterschiedlich durchgesetzt wurden –, die die „Krise des Fordismus“ überwinden sollten, waren seit den späten 70er Jahren unter anderem der Neoliberalismus (Deregulierung, Privatisierung, Flexibilisierung), die Intensivierung des Weltmarktes und der internationalen Arbeitsteilung (Globalisierung im engeren Sinne), Finanzialisierung (die politisch gestützte Dominanz des Finanzkapitals) sowie die Schwächung der Lohnabhängigen bzw. der Gewerkschaften.

6 Vgl. zum Neo-Merkantilismus Joachim Becker und Werner Raza, Was ist Merkantilismus heute? In: „Kurswechsel“, 4/2007, S. 3-7.

7 Bernd Röttger, Erneuerung aus dem Zentrum der Krise. Die Wiederkehr lokaler Arbeiterbewegungen und die Perspektiven gewerkschaftlicher Betriebs- und Tarifpolitik, in: Roland Klautke und Brigitte Oehrlein (Hg.), Prekarität – Neoliberalismus – Deregulierung. Beiträge des „Kritischen Bewegungsdiskurses“, Hamburg 2007, S. 79-120.

Die erste Phase neoliberaler Politik war von der Zerschlagung fordistischer Klassenkompromisse gekennzeichnet. In einer zweiten Phase wurde das Finanzmarktregime dominant, in den 90er Jahren sogar hegemonial, doch bereits damals kam es zu ersten Krisen, die in den einzelnen Ländern und Regionen deutliche Unterschiede aufwiesen: der Börsencrash 1987, dann die Währungskrisen seit Mitte der 90er Jahre in Mexiko, Südostasien, Russland, Brasilien und Argentinien.⁸ Seit der Krise der New Economy um 2001 befinden wir uns in der dritten Phase des Neoliberalismus. Sie ist davon geprägt, die immer deutlicher werdenden Widersprüche und Krisen zu bearbeiten, die sich aus der – von neoliberaler Politik erzeugten – wirtschaftlichen Instabilität ergeben. Seit den Einbrüchen Mitte 2007 und insbesondere ab September 2008 zeichnet sich nun ab, dass der neoliberale Kapitalismus sich als unfähig erweist, die von ihm verursachten Widersprüche zu beheben.

In Form der gegenwärtigen Krise sind diese Probleme auch in den kapitalistischen Zentren offensichtlich. Die kapitalistische Entwicklung produziert jedoch nicht nur Krisen, sondern auch ihre eigenen Gegenkräfte in Form von Widerstand und Alternativen. Diese können reaktionär oder gar faschistisch sein, aber auch emanzipatorisch und demokratisch. Eine demokratische, emanzipatorische Alternative indes bleibt die politische und gesellschaftliche Linke weitgehend schuldig. Ihre Defensive ist Ausdruck der eigenen Schwäche und Subalternität: Weder die Gewerkschaften, noch Attac als vom Anspruch her zentraler Akteur bewegungsorientierter Politik im Finanzmarktkapitalismus scheinen derzeit zu wissen, welche sinnvollen Forderungen es jenseits des kapitalistischen Reparaturbetriebs – also jenseits der Wiederherstellung von Stabilität, möglichst demokratischer und transparenter Finanzmarktregulierungen, öffentlicher Kontrolle der Banken und einem insgesamt stärkeren öffentlichen Sektor – geben könnte.⁹

Und genau hier liegt der Grund dafür, dass die Handlungsfähigkeit emanzipatorischer Akteure in der aktuellen Krise ausgesprochen bescheiden ist. Denn für Stabilität und eine (wenngleich unpräzise) Regulierung der Banken stehen auch die neoliberal gewendete SPD und inzwischen selbst die christdemokratische Bundeskanzlerin. Wenn also auch die Linkspartei sich darauf reduziert, eine neokeynesianische Politik zu vertreten und radikale Kritik zurückzustellen,¹⁰ bleibt ihre Ausstrahlungskraft und Interventionsfähigkeit beschränkt (und ihr Verhältnis zu sozialen Bewegungen scheint ohnehin sehr prekär bzw. instrumentell zu sein). Doch die Ursachen liegen nicht nur in den fehlenden Strategien, sondern auch in den tief verankerten neoliberal-imperialen Lebensverhältnissen.

Im Unterschied zu den staatszentrierten Krisendiagnosen plädiere ich daher dafür, die unterschiedlichen Vorschläge und Strategien zur Krisenbearbeitung mit dem Begriff des Postneoliberalismus zu fassen. Anders als im Diskurs

8 Vgl. Karin Küblböck und Cornelia Staritz (Hg.), *Asienkrise: Lektionen gelernt? Finanzmärkte und Entwicklung*, Hamburg 2008.

9 Vgl. etwa Jörg Huffscheid, *Die politische Ökonomie der Finanzmärkte*, Hamburg 1999, S.171-228; Attac-Österreich, *Cash statt Crash. Warum wir die globalen Finanzmärkte bändigen müssen*, Wien 2008; Zeise a.a.O.

10 Vgl. hierzu auch den Beitrag von Albert Scharenberg in diesem Heft.

vom „Ende des Neoliberalismus“ und der „Rückkehr des Staates“ geraten auf diese Weise die Brüche, aber eben auch die Kontinuitäten in den Blick. Kurz: Postneoliberale Strategien bedeuten nicht per se eine Abkehr von neoliberaler Politik; mit dem Begriff werden vielmehr unterschiedliche Optionen der Krisenbearbeitung in den Blick genommen. Dies erlaubt eine präzisere Einschätzung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, die sich in einzelnen gesellschaftlichen Konfliktfeldern durchaus unterschiedlich ausformen.

So begünstigt etwa die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik weiterhin das Kapital bzw. dessen Eigentümer und Interessensvertreter zu Lasten sozial Schwächerer. Zudem wirkt kontinuierlich der „passive Konsens“ in den kapitalistischen Metropolen, da die weltmarktvermittelte, imperiale Lebensweise ein starker Kitt in Zeiten von Krise und Desintegration zu sein scheint. Denn die imperiale Lebensweise macht einen Gutteil der gegenwärtigen politischen Passivität aus. Der neoliberale Gesellschaftsumbau wurde und wird auch deshalb breit akzeptiert, weil er die imperiale Lebensweise der Bevölkerungsmehrheit in den Ländern des globalen Nordens und der Mittelklassen in den Ländern des globalen Südens absichert: durch die enormen Ressourcenflüsse von Süd nach Nord bzw. in die Zentren des Südens, etwa im Bereich der Ernährung oder mittels Aluminium, Erdöl und zukünftig Agrartreibstoffe zur Absicherung der Auto-Mobilität. Die „Geiz-ist-geil“-Kultur ist tief verankert und damit auch die Akzeptanz ruinöser Konkurrenz und unsolidarischer Verhältnisse.

In anderen Bereichen – etwa im Finanzsektor – erleben wir eine Konstellation, in der sich in den kommenden Jahren zeigen wird, dass die selektive Stabilisierung der bestehenden Verhältnisse mit ungeheuren, noch gar nicht absehbaren Kosten verbunden ist. Die aktuellen Entwicklungen veranlassen zu einer gewissen Skepsis, dass sich grundlegend etwas ändern könnte.

In wieder anderen Bereichen – etwa in Bezug auf die krisenhafte Aneignung der außermenschlichen Natur – scheint die Situation vergleichsweise offen. Die Strategien des globalen Umweltmanagements und der an westlichen Standards orientierten ökologischen Modernisierung erweisen sich als immer haltloser, politisch zynischer und im Zweifelsfall immer der Standortkonkurrenz untergeordnet.¹¹ Dennoch könnte ein autoritär abgesicherter grüner Kapitalismus neue Akkumulationsmöglichkeiten und Konsenspotentiale produzieren. Die Finanzmärkte könnten dabei wieder eine entscheidende Rolle spielen.¹² Die offene Situation ergibt sich weniger aus der ökologischen Krise per se – dass diese weitgehend imperial und symbolisch bearbeitet wird, daran hat man sich gewöhnt –, sondern aus der spannungsvollen Artikulation mit einer immer stärker umkämpften Energiepolitik. Der weltmarktvermittelte Öko-Imperialismus scheint indes Grenzen zu haben. Doch wie diese Grenzen politisch bearbeitet werden, ist eine offene Frage.

Seitens der herrschenden politischen und ökonomischen Kräfte werden unterschiedliche Strategien eingeschlagen: verstärkte Militarisierung und

11 Vgl. Ulrich Brand, Postneoliberale Antworten auf die ökologische Krise, in: „Das Argument“, 279 (2008), S. 858-866.

12 Vgl. Mario Candeias, Finanzkrise und neuer Staatsinterventionismus. „Standpunkte“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 24 (2008), S. 8; vgl. auch den Beitrag von Alexis Passadakis und Tazio Müller in diesem Heft.

Gewalt, *business as usual*, ein vor allem in Lateinamerika starker Neo-Desarrollismo, der auf unbedingte Weltmarktintegration und begrenzte Verteilung setzt, ein stärker das Soziale betonender Konservatismus, ein „grüner New Deal“ etc.¹³

Emanzipatorische Perspektive

Aus emanzipatorischer Perspektive geht es darum, Antworten auf die drängenden Probleme wie soziale Spaltung und Verarmung, Angst und die Privatisierung der Risikoabsicherung, ökologische Krise und Zunahme der Gewalt zu finden. Gleichzeitig gilt es, die herrschaftlichen Definitionen der „drängenden Probleme“ zurückzuweisen und zu verändern. Die Engführung der meisten Missstände auf die aktuelle Finanz- und sich anbahnende Wirtschaftskrise ist problematisch, denn eine solche Reduktion der Ursachen tendiert dazu, einen undemokratischen Etatismus zu begünstigen. Dieser setzt die soziale Spaltung fort bzw. vertieft sie weiter – nicht zuletzt auch dadurch, dass er die Krisen der Ökologie, der Integration, der Sicherheit und der Demokratie für zweitrangig erklärt.

Dieses Problem wird analytisch dadurch gewissermaßen „verdoppelt“, dass einer (guten) Realökonomie die aus dem Ruder gelaufenen (schlechten) Finanzmärkte gegenübergestellt werden, die es in Kombination mit progressiver Verteilungspolitik zu „entschleunigen“ gelte.¹⁴ Aber ist es denn überhaupt wünschenswert, rein makroökonomisch die Wirtschaft wieder „anzukurbeln“, anstatt die aktuellen Möglichkeiten dafür zu nutzen, eine qualitativ und von den komplexen Anreiz- und Bedürfnisstrukturen her ganz andere Lebensweise als die imperiale durchzusetzen? Hier bleiben die Verweise auf den notwendigen sozial-ökologischen Umbau allzu oft unbestimmt und werden nicht an die sozio-ökonomischen Entwicklungen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse rückgebunden.

Aktuell sind viele Fragen offen: Führt die Krise zu einem Legitimationsverlust oder eher zu einem Legitimationsgewinn einer nur graduell veränderten Politik? Was sind überhaupt die Legitimationsreserven eines postneoliberalen Kapitalismus? Inwieweit haben immer mehr Menschen nicht nur den Neoliberalismus, sondern den Kapitalismus selbst satt? Und vor allem: Was folgt daraus? Kann die imperiale Lebensweise durch die Entwicklung anderer Produktions- und Konsumweisen inklusive korrespondierender Bedürfnisstrukturen überwunden werden?

Für alle Konfliktfelder und umfassende gegenhegemoniale Strategien gilt: Entscheidend wird sein, ob die Macht der Kapital- und Vermögensbesitzer – samt ihrer medialen und wissenschaftlichen Absicherung – wirklich in Frage gestellt werden kann und ob ein Umbau der Produktions- und Lebensweise akzeptiert wird.

13 Vgl. ausführlich Ulrich Brand und Nicola Sekler (Hg.), *Postneoliberalism: A beginning debate*. Development Dialogue 51, Uppsala 2009.

14 Vgl. Bischoff, *Der große Crash*, a.a.O.; Huffs Schmid, a.a.O.

Auch in der linken Diskussion sind alternative Ansätze kaum zu finden, werden die gesellschaftlichen und globalen Probleme bis heute nicht zusammen-gedacht. So wird der Widerspruch zwischen kurz- und mittelfristigen Krisen-interventionen und dem gleichzeitig notwendigen Umbau der Energie- und Ressourcenbasis des globalen Nordens "nur selten benannt."¹⁵ Dies könnte in den kommenden Jahren das Projekt eines „grünen New Deal“ zu der vermeintlich linken sozial-ökologischen „Alternative“ machen. Hier liegt eine große intellektuelle, strategische und politische Aufgabe.¹⁶

Der weitreichenden Entpolitisierung muss mit einer gesellschaftlichen Mobilisierung entgegengearbeitet werden, deren Voraussetzung es ist, die „Parzellierung“ der gesellschaftlichen Probleme in Politikbereiche und entsprechende Lösungsansätze aufzuheben.¹⁷ Hierin besteht die vielleicht dringendste Aufgabe kritischer Analyse und emanzipatorischer Praxis. Denn der Separierung und Hierarchisierung wohnt selbst eine herrschaftliche Form der Krisendiagnose inne. Genau dies ist – jenseits der Frage nach mehr oder weniger Staat – an der Dominanz der Finanzmarktkrise abzulesen und aus ihr zu lernen.

15 Vgl. Mike Davis, Wer wird die Arche bauen? Das Gebot utopischen Denkens im Zeitalter der Katastrophen, in: „Blätter“, 2/2009, S. 41-59.

16 Hier gab es erste Ansätze auf dem jüngsten Weltsozialforum; vgl. Ulrich Brand und Nicola Sekler, There are many World Social Forums, in: „analyse & kritik“, 2/2009.

17 „Peking-Erklärung“ – Die globale Wirtschaftskrise als historische Chance für einen echten Wandel. Erklärung anlässlich des ASEM-Gegengipfels des Asia-Europe People's Forum vom 15.10.2008.

Anzeige

Hofgeismarer Tagungen zu Recht & Politik (www.akademie-hofgeismar.de)		
<p>ATOMKRAFT! JA BITTE?</p> <p>Die neue Debatte um den Ausstieg aus dem Ausstieg 19.-21.6.2009</p> <p>U.a. mit Prof. em. Klaus Meyer-Abich, Rebecca Harms (Grüne/MdEP), Prof. Peter Henicke (ehem. Direktor des Wuppertaler Umweltinstituts) und Dipl. Ing. Günther Cramer (Vorstandssprecher SMA Solar Technology AG)</p>	<p>IST DAS VOLK KLÜGER ALS SEINE STELLVERTRETER?</p> <p>Direkte Demokratie in Deutschland – Möglichkeiten und Grenzen 11.-13.9.2009</p> <p>U.a. mit dem Verfassungsrechtler Prof. Horst Dreier (Würzburg)</p>	<p>„SKANDALÖS, UNERTRÄGLICH – MUSS SOFORT VERBOTEN WERDEN!“</p> <p>Rechtsradikale Demonstranten unter dem Schutz der Versammlungsfreiheit? 6.-8.11.2009</p> <p>U.a. mit dem Carl-Schmitt-Experten Prof. Volker Neumann (Berlin) und dem ehem. Richter am Bundesverfassungsgericht Prof. Wolfgang Hoffmann-Riem (Hamburg)</p>
		
<p>Info: Studienleiter Dr. Horst Meier, Tel. 05671/881-119/-118, Anmeldung: Evangelische Akademie Hofgeismar, Tel. 05671/881-0, E-Mail: ev.akademie.hofgeismar@ekkw.de</p>		